

EU-Beschäftigungsgipfel: Succès relatif, échec absolu

Am Freitagabend, gleich nach dem Ende des Beschäftigungsgipfel, erklärte Premierminister Juncker, der Gipfel sei «e relative Succès», ein relativer Erfolg gewesen. In der Tat, es hätte schlimmer kommen können. Man erinnere sich an den Gipfel von Amsterdam, der als Abschluß der Regierungskonferenz eigentlich eine weitgehende Vertiefung des Vertrags von Maastricht hätte sein sollen: Auch dort war die Situation kurz vor dem Gipfel so verfahren, daß die schäbigen Ergebnisse im Endeffekt als relativer Erfolg verkauft werden konnten.

Warum ist die EU unfähig zu mutigen Entscheidungen, warum gibt sie auf heiße Fragen immer nur lauwarmer Antworten in Form von Kompromissen, die an der Praxis vorbeigehen? Weil die endgültige Entscheidungsgewalt weder beim gewählten Europaparlament, noch bei einer Kommission, die mit supranationaler Regierungsgewalt ausgestattet wäre, liegt, sondern allein beim Rat der Staats- und Regierungschefs, und noch dazu in der Regel an die Einstimmigkeit gebunden ist. Gewiß, die nationalen Unterschiede würden auch nicht durch supranationale Entscheidungsstrukturen verschwinden, aber die Diskussion würde europaweit weniger national und mehr europäisch geführt werden.

Basar Europa

So aber ist oft die Haltung der Regierungschefs auf europäischen Gipfeln nichts weiter als die Fortsetzung ihrer Innenpolitik in der europäischen Arena. Sowohl die neo-keynesianische Position der französischen als auch die strenge «Laisser-Faire»-Position der deutschen Regierung kann man als ein Schattenboxen für das politische Publikum im eigenen Land interpretieren.

Dem Feilschen um Fortbildungsquotenprozente auf dem Gipfel ging ein Vorschlagspapier der Kommission voraus, dessen Inhalt nicht berauschend war; es



Luxemburg 20.11.97

Photo: Marc Betzen, © Photothèque V.d.L.

enthielt kaum mehr als das Delors-Weißbuch oder die Beschlüsse von Essen. Die wenigen etwas brisanteren Vorschläge gingen schon bei den Vorverhandlungen in den Ministerräten den Bach runter: verbindliche Ziele in puncto Arbeitslosenrate, ein europäisches Vorgehen bei Energie- und Kapitalsteuern, sowie die großen europäischen Infrastrukturprogramme (Transeuropäische Netze) in der Logik eines Bagger-Keynesianismus.

Was übriggeblieben ist, sind verbindliche Ziele bei der Qualifikation/Integration von Arbeitslosen, was zwar ein

positives Signal an die Arbeitslosen darstellt, ihre Probleme aber nicht lösen wird. Schließlich muß man es auch als relativen Erfolg betrachten, daß die EU-Regierungschefs endlich gemeinsame Beschlüsse zu einem sozialen Thema fassen. Unabhängig von den Inhalten ist dies ein Fortschritt für eine bisher ausschließlich auf die Wirtschaft zentrierte Union, deren einzige «Beschäftigungspolitik» aus Maßnahmen zur Deregulierung bestand.

Des Kaisers «neue» Kleider

«Les nouveaux habits de l'Europe sociale» titelte der «Soir» vom 22.

Stichwort Dritter Sektor

Als Dritten Sektor (Tiers secteur, Economie sociale) bezeichnet man die wirtschaftlichen Aktivitäten, die zwischen profitorientierter Privatwirtschaft und staatlichen Dienstleistungen angesiedelt sind, wie Vereine, Stiftungen oder Kooperativen. *forum*-Lesern bekannte Beispiele sind: ASTI mit ihren Kindertagesstätten, Oekofonds oder Colabor (s. a. S. 46), - und natürlich *forum* selbst! Dort arbeiten «Permanents» zusammen mit «Bénévoles» in nicht-profitorientierten, selbstverwalteten Strukturen.

Der Dritte Sektor bietet einen Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten, der die Nachteile der Privatwirtschaft (Profit/Kapitalrendite um jeden Preis, Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten) und des Öffentlichen Dienstes (bürokratisch, unflexibel, bürgerfern) vermeidet. Gerade für die Befriedigung der «neuen» Bedürfnisse in unseren Gesellschaften wie Erhaltung der Umwelt, Altenpflege, Kindertagesstätten, bietet sich diese Organisationsform an. Der Dritte Sektor stellt also ein Arbeitsreservoir dar. Allerdings wird die Qualität der gebotenen Dienstleistungen nur gut sein wenn diese neuen Aktivitäten als vollwertig betrachtet werden und die neuen Arbeitsplätze nicht zu sozialen Dumpingbedingungen geschaffen werden.

November. Sind die Kleider wirklich neu? Wenn man die gesamte Stoßrichtung der Beschlüsse betrachtet, muß man feststellen, daß sie eigentlich eine Fortschreibung des alten Glaubens sind, die Arbeitslosigkeit könne letztendlich alleine mit Wirtschaftswachstum bekämpft werden. Nur begnügt man sich diesmal nicht mit Laissez-Faire, sondern betreibt die Wachstumsförderung etwas voluntaristischer. So behält auch das neoliberale Zauberwort «Kompetitivität» seinen Stellenwert, verbunden mit den Aufforderungen an die Arbeitnehmer, flexibel zu sein, moderate Lohnforderungen zu stellen, und die Kosten der Sozialversicherungen zu senken.

Alles in allem liegt den Beschlüssen keine neue gesamtwirtschaftliche Analyse zugrunde, und so setzen sie weiterhin auf neoliberale Rezepte, die auf einer rein mikroökonomischen und unternehmenszentrierten Sicht der Wirtschaftspolitik aufbauen.

Klassisches Wachstum gegen Arbeitslosigkeit? Gewiß, eine bessere Konjunkturlage könnte einen Teil der Arbeitslosen absorbieren. Gerade die Stagnation ist aber für viele Beobachter hausgemacht: Eine obsessionelle Angst vor Inflation, eine Überbewertung der europäischen Währungen (und des Euro)

gegenüber dem Dollar und die Beschneidung der Lohnmasse, also der Kaufkraft im Rahmen der intraeuropäischen Konkurrenz. Doch auch ein neuer Wachstumsschub würde durch noch nicht ausgenutzte Rationalisierungsspielräume in zahlreichen Unternehmen kaum zu vielen Neueinstellungen führen.

Sinn und Unsinn des Wachstums

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wann die Grenzen des Wachstums erreicht sind. Für die Mehrzahl der Menschen in der EU bringt ein Mehr an

klassischen Produkten kein Mehr an Lebensqualität und ist ökologisch problematisch. Mehr Konsum von Rindfleisch, Fernsehgeräten, Autos? Wachstum durch Konsum könnte mehr Probleme schaffen als lösen, wenn nicht die Frage beantwortet wird, was produziert werden soll, was sinnvoll ist und mehr Lebensqualität schafft.

Soll das Wachstum aber aus der Produktion für den Export kommen, so wird die EU als Ganzes - zwecks Herstellung einer Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA und Japan - in die gleiche ruinöse Logik des Steuer- und Sozialdumpings getrieben werden, in das sich ihre Einzelstaaten manövriert haben. Und wenn man hier einwendet, in den Ländern des Südens gebe es unendlich viele unbefriedigte Bedürfnisse, so fällt man auch hier zurück auf die Frage, was produziert werden soll und für wen.

Statt die Frage einer sinnvollen Produktion zu stellen, begnügten sich die Gipfelteilnehmer damit, ein nicht näher bestimmtes Wachstum als «deus ex machina» zu beschwören, und in der Zwischenzeit die Arbeitslosigkeit zu verwalten. So soll neben anderen sogenannten aktiven Maßnahmen (im Gegensatz zu «passiven» Maßnahmen wie Frühpension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) beispielsweise jeder fünfte Arbeitslose einen Ausbildungsplatz erhalten. Schön, aber wozu soll er ausgebildet werden, wenn es sowieso nicht genügend Arbeitsplätze gibt?



Même combat?

Photo: Marc Betzen, © Photothèque V.d.L.

Der Kaiser ist nackt!

Bestenfalls führen solche Programme zu einer Reintegration der fähigsten Arbeitslosen, auf Kosten der Unfähigeren unter den «Arbeitsbesitzern», zu einer Art gerechter Umverteilung der Arbeitslosigkeit. Schlimmstenfalls werden sich die Integrationsprogramme zu einer Art Arbeitsdienst entwickeln, bei dem unter Zwang und zu Dumpingpreisen Dienstleistungen erbracht werden, die eigentlich, wenn sie im Rahmen des Dritten Sektors (siehe Kästen) organisiert würden, die Beschäftigungslücke schließen könnten.

Auch die auf dem Gipfel beschlossene Förderung der PME, der Klein- und Mittelbetriebe, setzt auf die falschen Beschäftigungsreserven. Die meisten Arbeitsplätze werden von PME's geschaffen, also müßte auch dort angesetzt werden, sagt man uns. Doch die anhaltende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft zur immer stärkeren (wenn auch flexiblen) Integration von Teilunternehmen und Zulieferern zu großen Konzern- und Finanzgeflechten sollte uns mißtrauisch machen. Sowieso werden die meisten PME-Arbeitsplätze von Großunternehmen gewissermaßen induziert, denn vom Handwerker bis zum Computerfachhändler sind die meisten PME's auf Großkunden angewiesen. Die schlechteren sozialen Bedingungen, die in den PME's die Regel sind, machen es attraktiv für Großunternehmen, möglichst viele Dienste auszulagern. So gesehen könnte aus der Unterstützung der PME's eine verkappte Subventionierung des Outsourcing, des Auslagerns, werden.

Mehr als nackt ...

Schlimmer als die Ineffektivität der Gipfelbeschlüsse sind allerdings die «vergessenen» Beschlüsse. Natürlich, - und der Gebrauch dieses Ausdrucks zeigt, wie wenig gediehen die politische Veränderung ist, natürlich findet man nichts zu den beiden Lösungsstrategien, die die besten Chancen bieten: Arbeitszeitverkürzung und Ausbau des Dritten Sektors.

Aber auch in der Frage der Reform der



Même combat?

Photo: Marc Betzen, © Photothèque V.d.L.

Steuersysteme, die die menschliche Arbeitskraft wieder mehr begünstigen sollten, war der Gipfel ein Fehlschlag. Nichts konkretes wurde beschlossen, weder einheitliche Kapitalsteuern, noch neue Ökosteuern. Wenn aber die Steuersysteme nicht harmonisiert und reformiert werden, dann wird das Ziel der Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft nur auf Kosten der Arbeitnehmer und der Rentner zu erreichen sein.

Schließlich beinhalten die meisten Beschlüsse weder quantifizierte Ziele, noch einen Zeithorizont, und schon gar keine finanziellen Sanktionen für die Länder, die sich nicht an die Beschlüsse halten. Die von Premierminister Juncker hervorgehobene Parallele zu den Konvergenzkriterien für die Währungsunion ist also eine starke Übertreibung. Die Idee, für eine soziale Konvergenz die gleiche strenge Methode vorzuschreiben wie für die geldpolitische Konvergenz wird abgelehnt mit dem Hinweis auf die strukturell unterschiedliche Situation in den einzelnen EU-Staaten. Doch den gleichen Einwand hätte man gegen die europaweit forcierte Angleichung von Inflation und Budgetdefiziten oder die Privatisierung der «Services publics» erheben können. Warum ist wohl dort rund, was hier eckig ist?

... der Kaiser ist hohl

Die europäische Konstruktion, die sich in den Dienst der Interessen der Wirtschaft gestellt hat, ist in der Sackgasse.

Statt Wohlstand für alle hat sie zwar einigen viel Reichtum gebracht, dafür aber 18 Millionen Arbeitslose hingegeben. Immer mehr Menschen weigern sich, Arbeitslosen einfach für faul und unfähig zu halten, denn sie sind «live» dabei, wenn Arbeitslosigkeit «produziert» wird mittels Massenentlassungen und Finanzspekulationen. Auch die Darstellung von Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit als Muster-schüler verliert ihre Glaubwürdigkeit. Ob Zahlenspielereien mittels Teilzeitarbeit und Frühpensionierung oder der Export der Arbeitslosigkeit in Partnerstaaten mittels Steuer- und Sozialdumping, die Tricks der Muster-schüler sind auf gesamteuropäischer Ebene nicht anwendbar.

So wird dieser Gipfel nichts ändern an der Arbeitslosigkeit in Europa. In verschiedenen Ländern werden alternative Strategien versucht werden (Frankreich, Italien), doch zwischen der Konkurrenzsituation auf dem Binnenmarkt und den geldpolitischen Auflagen des Stabilitätspakts wird ihnen nicht viel Spielraum bleiben für Alleingänge. Die Wut und die Enttäuschung wird europaweit anwachsen, und zu einer radikalen Ablehnung des jetzt gefahrenen Kurses führen. Dann bleibt nur zu hoffen, daß Europa sich schnell für einen alternativen Kurs entscheiden kann, denn hinter der Ecke der Ausweglosigkeit lauern schon die rechtspopulistischen Rattenfänger.

RK